

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849**

6.2.1849 (No. 31)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 6. Februar.

N. 31.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einkaufsgebühren: die gespaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

## Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 3. Febr. (163. Sitzung.) Nach Verlesung des Protokolls verkündet der Sigmaringer Wirth eine Interpellation wegen der Besetzung seiner Vaterstadt. Dieselbe besagt, daß Sigmaringen noch immer unter der Einlagerung von Reichstruppen leide, und fordert Aufschluß, wie Stavenhagen neulich im Namen des Reichsministeriums das Gegentheil habe behaupten können.

Benedey verlangt, daß die vorgesehene Rede Schmerling's wegen ihrer angeblichen Ungeheuerlichkeit nach ihrer ganzen Ausdehnung in das amtliche Protokoll des Reichstags aufgenommen werde.

Auf der Tagesordnung steht Abstimmung über den am Mittwoch Berathenen §. 7 der sogenannten Gewähren.

Als Berichterstatter der Minorität des Verfassungsausschusses erhält Mittermaier das Wort. Im Sinne des durchsichtigen Liberalismus spricht er gegen Belagerungs- und Kriegsstand ohne vorläufige Einwilligung der gesetzgebenden Gewalten, droht mit dem Zorne des Volks, mit dem Fluch der Geschichte, wenn man nicht seinen Rath befolge. Vielfach ist seine Rede mit den in seinem Munde so geläufigen Worten: „lesen Sie die amerikanische — lesen Sie die englische — lesen Sie die norwegische Verfassung“ ausgeziert. Bei seinem Herabsteigen von der Rednerbühne begleitet ihn die Linke mit rauschendem Beifall.

Zu dem Texte des §. 7 waren vom Ausschusse zwei Minoritätsgutachten gestellt: ein liberales, für welches Mittermaier sprach, und ein strenges, der Militärgewalt im Falle des Aufruhrs ausgedehnte Befugnisse gewährendes. Dieses letztere vertheidigt nach Mittermaier's Rede Wais, als Sprecher einer zweiten Minorität.

Der Präsident ordnet die Abstimmung, die bei der großen Anzahl der gestellten Verbesserungsvorschläge ihre Schwierigkeiten hat.

An die Reihe kommt zuerst eine Verbesserung des Abg. Winkler, die so lautet:

Im Falle des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Hausdurchsuchung, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsberechtigung von der Staatsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise, unter Verantwortlichkeit des betreffenden Gesamtministeriums gegen den Reichstag, beziehungsweise Landtag, außer Kraft gesetzt werden.

Dieser Vorschlag wird verworfen. Man geht zur Verbesserung des Abg. Wiedenmann über, die mit Ausnahme des Wortes „Pressefreiheit“ der Fassung des Vorschlags von Winkler gleich ist.

Es ist mündliche Abstimmung verlangt. Ergebnis: 188 Ja, 261 Nein. Der Antrag ist verworfen.

Uebergang zum Texte des Verfassungsausschusses unter Vorbehalt eines von Max Simon beantragten Zusatzes, der so lautet:

Die Einberufung (des Reichstags oder des Landtags) muß sofort geschehen, so daß der Zusammentritt spätestens am 21. Tage, von Verkündigung der Ausnahmsmaßregeln an gerechnet, stattfindet, widrigenfalls derselbe ohne Berufung erfolgt.

Abermals ist Namensaufruf verlangt. Ergebnis: 242 Ja, 206 Nein. Die Worte des Verfassungsausschusses sind angenommen.

Man schreitet zur Abstimmung über den Zusatz von Max Simon und Genossen. Auch für diesen Zusatz ist unbegreiflicher Weise Namensaufruf verlangt. Ergebnis: 163 Ja, 265 Nein. Der Zusatz ist verworfen.

Von einer Minorität des Verfassungsausschusses, so wie von dem Abg. Schmerling sind einige weitere Zusätze beantragt.

Zunächst kommt der Vorschlag Schmerling's an die Reihe. Derselbe lautet so:

Bei dringender Gefahr im Falle eines Krieges oder Aufruhrs, wenn die regelmäßige Wirksamkeit der obrigkeitlichen Gewalten oder der Gerichte thatsächlich gehemmt ist, darf das Kriegsrecht für bestimmte Bezirke verkündigt werden. Die Verkündigung des Kriegsrechts gewährt der in dem betreffenden Bezirke fungirenden höchsten Militärbehörde innerhalb dieses Bezirkes: 1) die gesammte Exekutivgewalt; 2) das Recht, den gesetzlichen Gerichtsstand zu bestimmen; 3) das Recht, den Gerichten die Befugniß zur Fällung von Todesurtheilen einzuräumen; 4) das Recht, die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Hausdurchsuchung, freie Presse, Vereins- und Versammlungsberechtigung außer Kraft zu setzen.

Abermals Namensaufruf. Ergebnis: 66 Ja, 336 Nein; der Vorschlag, welcher mehr Stimmen erhalten hätte, wenn die durch den Text der Grundrechte unter allen Umständen verbürgte Pressefreiheit verschont geblieben wäre, fällt glänzend durch.

Nach erfolgter Abstimmung über Schmerling's Vorschlag wird angezeigt, daß die Minorität des Verfassungsausschusses auf ihre Formel verzichtet habe und sich mit einem von Thielau und Genossen gestellten Antrag einverstanden erklärte. Dieser Antrag lautet so:

Bei dringender Gefahr im Falle eines Krieges oder Aufruhrs, wenn die regelmäßige Wirksamkeit der obrigkeitlichen Gewalten oder der Gerichte thatsächlich gehemmt ist, darf von dem Gesamtministerium des Reichs oder des Einzelstaates, außer den im §. 7 gestatteten Maßregeln, das Kriegsrecht für bestimmte Bezirke mit der Wirkung angekün-

werden, daß die in den Bestimmungen der Grundrechte §. 9 und 43 über die Zulässigkeit der Todesstrafe und der Militärgerichtsbarkeit vorgesehenen Ausnahmen eintreten. Sowohl die Verkündigung als die Dauer des Kriegsrechts bedarf der Genehmigung des Reichstags, beziehungsweise Landtags. Ist der Reichstag oder Landtag nicht versammelt, so muß die Berufung desselben zu sofortigem Zusammentreten zugleich mit Verkündigung des Kriegsrechts erfolgen. Die näheren Bestimmungen über das Kriegsrecht werden der Reichsgesetzgebung vorbehalten. Bis zu Erlaß dieser Gesetze bleiben die geltenden Vorschriften in Kraft.

Auch für diese letzte Abstimmung ist Namensaufruf verlangt. Ergebnis: 206 Ja, 222 Nein. Der Antrag ist verworfen.

Der Präsident verliest eine Protestation vieler Mitglieder der Linken, welche besagt, durch Annahme des §. 7 habe die Nationalversammlung wahrhaft barbarische Ausnahmsmaßregeln gutgeheißen und das deutsche Volk der theuersten Rechte beraubt. Häufiges Gelächter der Zentren und der Rechten unterbricht die Stimme des Präsidenten.

Um 3 Uhr schließt die Sitzung, die wegen der wiederholten Namensaufrufe viele Langeweile verursachte, und gar wenig Wollte abwarf.

Frankfurt, 4. Febr. Jedermann scheut sich vor der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs, und Niemand hat den Muth, Einsprache dagegen zu erheben, daß dieselbe wie in stilleschweigender Uebereinkunft aller Parteien so lange hinausgezögert wird, wie möglich. Und gleichwohl ist die drängende Nothwendigkeit, die Verfassung zum Abschlusse zu bringen, niemals lebhafter und allgemeiner empfunden worden, als in diesem Augenblicke. Wir sind auf einem Punkte angekommen, wo sich zwei gebieterische Forderungen des Nationalinteresses Stirn gegen Stirn begegnen, ohne daß sich bis jetzt erweisen ließe, welche von beiden die Oberhand behalten wird.

Vorzuschreiten, ehe die mit Oesterreich angeknüpften Unterhandlungen irgend ein Ergebnis geliefert haben, würde in Betracht aller Umstände im höchsten Grade bedenklich seyn, und den Erfolg dieser Unterhandlungen auf unbestimmte Zeit hinaus abwarten, heißt nicht mehr und nicht weniger, als auf die eigentliche Frucht der Arbeiten der Reichsversammlung verzichten. So befindet sich denn die Reichsversammlung mitten in zwei widersprechenden Bedürfnissen, und ihre Unschlüssigkeit verdient Entschuldigungen. Leider steht nicht zu hoffen, daß eine rasche und bündige Erklärung der oesterreichischen Regierung sie aus dieser Verlegenheit ziehen werde, denn die Lage der Dinge in Oesterreich selbst ist offenbar noch immer viel zu schwierig und zu unsicher, als daß das Osmüger Kabinett so bald eine feste Unterlage für seine schließliche Stellung gegenüber der deutschen Verfassungsangelegenheit gewinnen könnte, um so weniger, als das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland auf keinen Fall ein so einfaches seyn kann, wie man sich hier auf der einen und der andern Seite einbildet.

Preußen anlangend, sieht man mit großer Spannung den Erklärungen über den Verfassungsentwurf entgegen, welche die preussische Regierung sich laut ihres Rundschreibens vorbehalten hat. Einen äußerst peinlichen Eindruck würde es machen, wenn, wie man Dies befürchtet, von Berlin aus Anstände gegen einzelne Bestimmungen der Grundrechte erhoben würden, mit deren Inhalt man dort sonst einverstanden zu seyn scheint. Insbesondere wird die Abschaffung der Todesstrafe als eine Bestimmung genannt, mit welcher man sich in Preußen noch immer nicht versöhnen kann. Möglich, daß diese Maßregel als eine voreilige erscheine — ich bin sogar überzeugt, daß sie es ist, — aber eine Verweigerung der vollständigen Anerkennung der Grundrechte würde darum nicht weniger die besagten Vertheiler und unpolitische Handlung seyn, deren man sich in Berlin schuldig machen könnte.

Leider wird sie darum nicht unwahrscheinlich. Die ganze Haltung der preussischen Regierung ist seit Monaten so, als ob sie durch die entschiedenste Abneigung gegen den Verweis der ihr durch einen großen Theil Deutschlands zugewiesen ist, bestimmt würde, und wenn ungeachtet aller Fehler, Mißgriffe, Kleinlichkeiten, und gehässigen Launen des Ministeriums Brandenburg gleichwohl der Gedanke, daß Preußen an die Spitze Deutschlands treten müsse, fortwährend erstarft, so sehe ich darin einen mächtigen Beweis für die geschichtliche Sendung des jüngsten, aber mächtigsten der deutschen Staaten.

Von Hrn. Fehrenbach in Frankfurt kommt uns folgendes Schreiben als Berichtigung zu:

Herr Redakteur!  
In einer der letzten Nummern Ihres Blattes schreibt Ihr hiesiger Korrespondent, ich hätte in der Nationalversammlung den Antrag auf unverweilte Zurückziehung der im badischen Oberlande befindlichen Reichstruppen gestellt. Ich erkläre andurch, daß ich keinen solchen Antrag, wohl aber an das Reichsministerium die Anfrage gestellt habe: aus welchem Grunde und wie lange noch Reichstruppen in das Großherzogthum Baden verlegt bleiben sollen? Sie werden, auf die desfallsige Bestimmung unseres Pressegesetzes hingewiesen, nicht anstehen, diese Berichtigung in Ihr Blatt aufzunehmen.

Im Uebrigen muß ich Ihnen anheimstellen, ob Sie es wirklich zum Frommen Ihres Blattes erachten, darüber einen Korrespondenten zu halten, der sich erlaubt, nur deshalb unwahre Thatsachen zu berichten, um ehrenrührige Schlüsse daraus ziehen zu können.  
Frankfurt, 3. Februar \*) 1849.

Fehrenbach,  
Abgeordneter aus Säckingen.

Thatsächlichen Berichtigungen steht, wie bekannt, die Karlsruher Zeitung jederzeit offen, und es wäre gut, wenn man allen Blättern das Gleiche nachrühmen könnte. „Im Uebrigen“ ist die Pressefreiheit, an welche sich Manche so schwer gewöhnen, innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen für Jedermann da, und die politische Auslegung und Kritik der öffentlichen Schritte eines Abgeordneten gehört in freien Staaten unbesritten der Öffentlichkeit an. Wenn daher, wie einer unserer H. H. Korrespondenten schrieb, es in der Paulskirche nicht an Solchen fehlte, welche glaubten, daß Fehrenbach's Interpellation mit republikanischen Plänen in Zusammenhang stehe, so war Dies eine Auslegung, welcher nach aufgehobener Zensur nicht wohl der Weg zur Öffentlichkeit abzuschneiden war. Findet Hr. Fehrenbach eine solche Vermuthung „ehrenrührig“, so ist Das ein schlechtes Kompliment für eine Partei, welche für die von Hecker und Struve geleiteten Aufstände öffentlich ihre Sympathien zur Schau trug, und kann in so fern von der rechten Seite der Paulskirche als ein Zugeständniß angesehen werden.

Was das „Frommen“ der Karlsruher Zeitung betrifft, so haben wir uns bis jetzt ohne fremden Rath zurecht gefunden, und gedanken, so lange die Redaktion noch in unsern Händen ist, auch für die Zukunft so auszukommen.

## Beitrag zur Geschichte des „Petitionensturmes.“

Nach den Berichten über die letzten Kammeritzungen ist auch von hier eine Petition um Kammerauflösung ausgegangen und in der Kammer übergeben worden. Dies muß auffallen, da in einer früheren Petition die Gemeinde Ruffloch gegen Kammerauflösung und Berufung einer konstituierenden sich ausgesprochen.

Man ist im Stande, über die Entstehung der Petition um Kammerauflösung Mittheilung zu machen. Eines schönen Nachmittags ging der Gemeindevorsteher in blauem Amtrock mit Dinte, Feder, und Papier im Orte herum und legte einer kleinen Anzahl von Bürgern legeres mit den lakonischen Worten vor: „Unterschrift!“ Dabei murmelte er etwas von „Kammerauflösung“. Die guten Leute, als sie den Blaurock sahen, meinten nicht anders, als Das gehe von den „Herren“ aus, und unterschrieben gutwillig. Sie versichern mich, daß sie nicht gewußt hätten, was sie unterschrieben, und nicht im entferntesten geahnt hätten, daß die ganze Sache von einem bekannten Wähler ausgehe, der den Amtrock mißbrauchte, unter welchem ebenfalls wählerisches Blut fließt.

Als die Leute den wahren Sachverhalt erfuhren, lag die Petition mit ihren wenigen Unterschriften bereits auf der Post.

So werden hier und in der Umgegend von den Wählern Petitionen geschaffen!  
Ruffloch, den 5. Februar 1849.

Pfarrer Eichhorn.

## Deutschland.

Karlsruhe, 4. Febr. Da der Vortrag, welchen der Präsident des Ministeriums des Innern in der Sitzung der zweiten Kammer vom 29. v. M. aus Anlaß des Gesetzes über die Vermögenssteuer hielt, in einigen Blättern unrichtig besprochen worden ist, so theilen wir denselben aus den Protokollen hier nachträglich vollständig mit:

Meine Herren! Es ist etwas Seltsames, daß bei den Steuerarten von der nämlichen Seite her in widersprechender Richtung bald dieser bald jener Wunsch ausgesprochen wird. Wir haben in diesem Saale schon vielfach gehört, wie ganz allein die Vermögenssteuer eine gerechte sey, wie alle anderen abgeschafft und Alles nur auf diese Vermögenssteuer gelegt werden sollte. In gleicher Richtung sind eine Masse Petitionen eingekommen, wie Ihnen Allen bekannt ist. Nun kommt zum ersten Mal ein Versuch, ein Anfang dieses Systems, und plötzlich erhebt sich von der nämlichen Seite her, welche das System empfahl, ein entschiedener Widerspruch.

Die Vermögenssteuer hat allerdings ihre Schattenseiten in Beziehung auf die Kontrolle wegen Ermittlung des wahren Vermögens, und diese Schattenseite tritt besonders dann recht stark hervor, wenn Alles, was für den Staatshaushalt nöthig ist, nur allein auf die Vermögenssteuer gelegt werden soll, denn in diesem Falle ist der Reiz, sich durch Täuschungen dem richtigen Verhältnis der Besteuerung zu entziehen, gar groß. Diese Schattenseite ist aber eben darum minder wichtig, wenn nur ein geringerer Theil der Staatslasten durch

\*) Postzeichen: 4. Februar, 1 1/2 Uhr.

die Vermögenssteuer aufgebracht wird, wo eben deshalb der Reiz zu Täuschungen minder stark ist, von den belästigenden Kontrollmaßregeln also wohl Einiges entbehrt werden kann. Auch ist die immerhin noch bleibende Belästigung wenigstens dann weniger zu beachten, wenn es sich um einen Nothfall handelt, indem es zu drückend wäre, Alles auf die gewöhnlichen Steuern zu legen. Ist auch die geringe Vermögenssteuer zu belästigend, so kann davon, sobald dieser Nothstand vorüber ist, wieder abgegangen werden.

Es ist bekannt, daß solche Maßregeln zur Beseitigung augenblicklichen Defizits auch in andern Ländern ergriffen werden. Man hat vor einer Anzahl von Jahren in England, auf das sich der Abg. Helmreich sonst so viel beruft, eine Vermögenssteuer eingeführt neben den andern Steuern; man hat den Reichthum im Lande zugemuthet, das Defizit der Staatskasse auf sich zu nehmen, um auf solche Weise die andern Steuerpflichtigen zu erleichtern, beziehungsweise vor größerer Belastung zu bewahren.

Der Abg. Helmreich spricht von einer Auflage von 8 Kr. auf die direkte Steuer. Damit wäre allerdings derselbe Betrag, ich glaube sogar noch mehr erreicht, als die Vermögenssteuer ausmachen wird, allein damit drücken Sie eben die jetzt schon überschuldeten Bürger im höchsten Maße. Der Abg. Lamey hat schon richtig bemerkt, daß die Vermögenssteuer nur von dem reinen Vermögen erhoben wird, während die Steuer, die der Abg. Helmreich will, von dem überschuldeten Vermögen erhoben wird, nämlich von der Gewerbesteuer, von der Häusersteuer, und von der Gütersteuer, selbst wenn der Besitzer dieser Steuerkapitalien mehr Schulden, als Vermögen hat. Stellen Sie sich vor, daß eine so bedeutende Erhöhung dieser direkten Steuer eingeführt würde, so werden Sie mir nicht widersprechen, daß dadurch ein wahrhafter Druck auf die mittlere Klasse der Bevölkerung gelegt wird: auf alle diejenigen, die zwar nach Umständen mehr oder weniger bedeutende Steuerobjekte besitzen, aber dabei eine große Menge von Schulden haben.

Der Hr. Abgeordnete schlägt Ersparnisse vor. Dies ist ganz in der Ordnung; Ersparnisse muß man überall eintreten lassen, wo sie möglich und wo sie gerecht sind. Ich will mich heute über die einzelnen Punkte, die er zur Sprache brachte, nicht aussprechen. Das würde für jetzt zu weit führen; aber mit allen denkbaren Ersparnissen, die möglich sind in unsern Verhältnissen, können Sie sich aus der Finanznoth nicht herausarbeiten. Bei der Beweglichkeit unserer Zustände wachsen die öffentlichen Bedürfnisse, und selbst wenn wieder mehr Ruhe und dadurch mehr Rechtsicherheit, mehr Kredit, und mehr Wohlstand zurückkehrt, und wenn dadurch auch die Staatseinnahmen sich wieder bessern, kann gleichwohl von der in Frage liegenden außerordentlichen Vermögenssteuer für das laufende Jahr nicht abgegangen werden, denn sie dient dann zu größeren Verwendungen zu öffentlichen Arbeiten, die besonders der dürftigen Klasse zugut kommen.

Ich bin kein Kommunist, ich halte viele von den s. g. sozialen Theorien für Schwärmerei; aber etwas Wahres ist daran, daß eine zu ungeheure Kluft zwischen Reichen und Armen besteht, und daß, wenn es Mittel und Wege gibt, auszugleichen, es heilige Pflicht der Staatsgewalt und der Vertreter des Volkes ist, dahin zu arbeiten. Der Abg. Lamey hat mit Recht auf die Lage des Schwarzwaldes und Oberrheins aufmerksam gemacht, und es gibt auch noch andere Gegenden, wo öffentliche Unternehmungen ausgeführt werden sollen, und das ist der Hauptgesichtspunkt, der mich veranlaßt, über die Sache zu sprechen, denn das berührt zunächst mein Ressort.

Meine Herren! wenn Sie die Mittel nicht in einer Weise geben, daß es möglich ist, unternommene oder beabsichtigte, aber notwendige öffentliche Arbeiten auszuführen, dann wird das Elend im Lande noch viel grandioser, als es bis jetzt ist. (Moz: Sehr wahr.) Das ist das einzige Mittel, sich aus dem unheilvollen Zustand einigermaßen herauszuarbeiten. Sie sollten nicht nur den einfachen Satz bewilligen, wie er nöthig ist, um das Allerdringlichste auszuführen, was in der Vorlage der Regierung angedeutet ist, sondern Sie sollten eigentlich noch viel mehr thun. Öffentliche Bauten an Straßen und dergl. in unsern jetzigen Verhältnissen haben einen dreifachen Vortheil: — einmal werden sie jetzt bei der Wohlfeilheit der Lebensmittel und der Arbeitslöhne wohlfeiler ausgeführt, als zu andern Zeiten, sodann gewinnt man bei dieser Gelegenheit zugleich die Beschleunigung der Vortheile, welche solche Bauten für den öffentlichen Verkehr, für den Wohlstand ganzer Gegenden haben, und endlich, was im jetzigen Augenblick wohl der Hauptgesichtspunkt ist, man ernährt die Armen, sie können bei diesen öffentlichen Arbeiten wenigstens einigermaßen Verdienst erhalten, der ihnen verloren geht, wenn man die Arbeiten nicht ausführt, oder wesentlich beschränkt wegen Mangel an Mitteln.

Meine Herren, ich glaube, Sie würden den Haß, den Reid, der gegen das Besitzthum besteht, der sich nun einmal nicht verkennen läßt, und der seine bedenklichen Folgen überall äußert, nur vermehren, wenn Sie durch Verweigerung der in Frage stehenden Vermögenssteuer die Nachrede veranlassen würden, die Kammer habe es verweigert, den Wohlhabenden in der Bevölkerung eine Auflage zu machen, um dadurch auf mittelbarem Wege den Dürftigen unter die Arme zu greifen. (Vielsache Zustimmung.)

Freiburg, 2. Febr. (N. Freib. Z.) Den 18. v. M. ging nachstehende, von sehr vielen Bürgern der Stadt Freiburg unterschriebene Dankadresse an Se. königl. Hoheit den Großherzog ab:

Allerdurchlauchtigster Großherzog!  
Allergnädigster Fürst und Herr!  
Die unterthänigst Unterzeichneten haben aus öffentlichen Blättern die dankwürdige Erklärung an die Centralgewalt zu Frankfurt entnommen, womit Eure königl. Hoheit sich bestimmt und mit Offenheit an den zu schaffenden deutschen Bundesstaat und an ein erliches Reichsoberhaupt anschließen, und die für die künftige Einheit und Macht des deutschen Vaterlandes erforderlichen Opfer bringen wollen. Diese Er-

kärung, womit Eure königl. Hoheit in dem Augenblick einer inhaltschweren Entscheidung allen deutschen Fürsten vorantraten, bildet, möge ihr Schicksal sein, welches es wolle, eine Urkunde, welche der Weltgeschichte angehört, und sich würdig anreicht an jene dankwürdige Erklärung Ihres in Gott ruhenden Herrn Vaters, des Großherzogs Karl Friedrich, womit Er die Leibeigenschaft in seinen badischen Stammländern für immer vernichtete. Wir fühlen uns von Dank und Bewunderung für diese edlen Bestimmungen tief durchdrungen, und legen sie in dieser gegenwärtigen Adresse in tiefster Ehrfurcht zu Eurer königl. Hoheit Füßen nieder. Gott segne diesen inhaltschweren Schritt zum Heile des deutschen Vaterlandes!

Freiburg, den 14. Januar 1849. (Folgen die Unterschriften.)  
Hierauf haben Se. königl. Hoheit an den Uebersender dieser Adresse nachstehendes Schreiben zur Kenntniß der H. H. Unterzeichner übersandt:

Die Mir mit Ihrem Schreiben vom 18. d. M. überlieferte Dankadresse habe ich mit um so größerem Vergnügen empfangen, als es Mich nur wahrhaft freuen kann, Meine Bestimmungen auf solche Weise, wie es in jener Adresse geschieht, anerkannt zu sehen. Indem ich Sie erlaube, dieses gegen die Mitunterzeichner derselben in Meinem Namen auszusprechen, verbleibe ich, mit der erneuerten Versicherung Meiner besondern Achtung und Berücksichtigung,  
Karlruhe, den 31. Jan. 1849.

Ihr  
wohlgeheimer  
Leopold.

Stuttgart, 3. Febr. Mit unserer konstituierenden Versammlung scheint es Ernst zu werden. Wie wir hören, beabsichtigt die Regierung binnen kurzem der Abgeordneten-Kammer ein Wahlgesetz für die Wahlen zu jener Versammlung vorzulegen, welches trotz eines kleinen Wahlenszus auf einer sehr freisinnigen Basis beruhen soll. Wenn uns dies Gesetz nicht freisinnig-schwelbende, nicht falsche „Volksgreunde“, sondern wirklich freisinnige und fähige Männer zuführt, die mit richtigem Sinne, mit Umsicht und wahrer Vaterlandsliebe sich der ihnen gestellten wichtigen Aufgabe unterziehen, dann wollen wir das Gesetz an seinen Früchten erkennen und ehren, und es von Herzen willkommen heißen. Ehe aber ein solcher Erfolg uns vorliegt, möge man es uns verzeihen, wenn wir nach bisherigen Erfahrungen der Wirkung des bevorstehenden Wahlgesetzes mit einigem Mißtrauen entgegen sehen.

Bei dem Feste zur Feier der Grundrechte in Ehlingen (einer Stadt, welche sich durch „Gefinnungstüchtigkeit“ auszeichnet), dem, wie man uns berichtet, verschiedene höhere Staatsbeamte (Seeger, Zeller &c.) und mehrere Abgeordnete von der äußersten Linken der Kammer beiwohnten, ließ man die Republik hoch leben, und bezeichnete sogar den 21. Febr. als den Tag, an welchem sie, nach langen falschen Wehen, das Licht der Welt erblickt und eine neue Periode, die des Heiles und des Segens, nach langer Schmach und Finsterniß verkünden werde. Wir danken es jenen Herren, daß sie durch die gütige Vorherverkündigung es uns möglich gemacht haben, das Kind ihrer Liebe, wenn es nicht etwa in der gegenwärtigen Grundlosigkeit der Wege stecken bleiben sollte, gebührend und möglichst festlich zu empfangen.

Die öffentliche Moralität scheint bei uns immer mehr zu sinken. In neuester Zeit wurden mehrere Personen sogar in der Mitte der Stadt gewaltsam angefallen und niedergeschlagen. Dies sind jedoch in den Augen des wahren „Volksgreundes“ heutzutage geringfügige Dinge. Der Chef unserer Stadtpolizei beschäftigt sich in der Abgeordneten-Kammer mit der „idealen“ Republik, mit Volksreden in verschiedenen Städten, aber die öffentliche Sicherheit, der Schutz der Person und des Eigenthums scheinen außerhalb seiner Sphäre zu liegen.

München, 1. Febr. (Nürnb. Kor.) Aus einer immer gut unterrichteten Quelle vernehme ich, daß unsere Regierung auf den Vorschlag der preussischen Regierung in deren bekannter Note vom 23. Januar bereits eingegangen ist und einen eigenen Bevollmächtigten nach Frankfurt senden wird. Der Wortlaut der preussischen Note war indessen unserer Regierung bekannt, bevor sie in Berlin erlassen wurde; daß auch noch andere deutsche Regierungen von derselben Kenntniß hatten, möchte keinem Zweifel unterliegen.

Gotha, 26. Jan. (Deutsche Ref.) Zur Ueberraschung vieler wird die, wie man glaubte, schon aufgegeben thüringische Einheitsfrage wieder aufgenommen werden, und zwar in einer durch den Drang der Umstände veränderten und erweiterten Form. Die Frage wird nicht mehr eine thüringische, sondern eine sächsisch-thüringische sein. Sehen Sie das Folgende als einen ziemlich feststehenden Plan an, der in einer neuen, am 5. künftigen Monats in Weimar oder hier stattfindenden Konferenz der Bevollmächtigten Thüringens und Sachsens genauere Umrisse und festere Gestalt gewinnen soll.

Zur Einleitung noch einige Worte von den Motiven. Es wird nicht falsch geschlossen sein, wenn ich Ihnen als erstes und am meisten auf der Hand liegendes die Militärangelegenheit bezeichne, die nicht zu umgehende Aufbringung des ziemlich erheblichen Kavallerie- und Artilleriekontingents, von dessen Stellung, wie schon nach der am 22. d. M. hier erfolgten Durchreise des von Frankfurt zurückkehrenden Staatsministers v. Wagdorf verlautete, die Centralgewalt nicht abgeht. Ein zweites, tiefer liegendes Motiv hängt mit dem nicht allgemein bekannten eigentlichen Grund der Scheiterung der früheren, hier zu Anfang d. M. abgehaltenen Konferenz zusammen. Die Schuld derselben ist keineswegs allein dem Widerstreben von Seiten unserer Regierung und Meinings, sondern auch der Mitziehung des Königreichs Sachsen zuzuschreiben, indem die reussischen Fürstenthümer zwischen einem Anschluß an die thüringischen Staaten und Sachsen schwankten.

Gegenwärtig handelt es sich nun nicht mehr bloß um einen Anschluß von Sachsen, sondern darum, ob durch die völlige Einverleibung der reussischen Fürstenthümer in das Königreich Sachsen das erste Beispiel einer freiwilligen Mediation gegeben werden soll. Gestützt auf die Bestimmung, daß kleinere Staaten, die nicht 5000 Mann Truppen stellen

können, sich in militärischer Hinsicht an größere anschließen sollen, beabsichtigt man zwei Staatengruppen zu bilden. Die eine soll das Großherzogthum Weimar, die Herzogthümer Koburg-Gotha, Meiningen, Altenburg, und die Fürstenthümer Schwarzburg, die andere das Königreich Sachsen und die reussischen Fürstenthümer umfassen. Beide Staatengruppen sollen dann in militärischer Beziehung, namentlich im Fall einer Armirung, ein Ganzes unter der Oberleitung des Königreichs Sachsen bilden.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Reichsgewalt als diesem Plane günstig ansieht. Sächsischer Seite wird der Generalmajor v. Holzendorf der neuen Konferenz beiwohnen, und dann näher auf Vorlagen eingehen, die den früher vereitelten Zweck, durch Sachsen für das thüringische Kavallerie- und Artilleriekontingent Erleichterungen zu erhalten, als erreichbar in Aussicht stellen.

Weimar, 30. Jan. (Leipz. Z.) Gestern starb ganz unerwartet in Folge eines Gehirnschlags der Oberkonsistorialpräsident Dr. Peucer. Des Verstorbenen Jugendzeit fiel in die weimarische literarische Glanzperiode, in welcher er besonders mit Wieland und Göthe in näheren Beziehungen stand.

Kassel, 2. Febr. Nachdem man noch vor wenig Wochen ernstlich um das Schicksal des Wahlgesetzes besorgt war, hat heute, wahrscheinlich aus Besorgniß, das eben erst wieder befestigte Ministerium abermals zu erschüttern, theilweise auch in Berücksichtigung der vielen auf Annahme des Gesetzes gerichteten Petitionen aus allen Theilen des Landes, eine große Majorität, 35 gegen 11 Stimmen, dasselbe genehmigt. Jetzt erst haben wir wirklich festen Boden unter den Füßen.

Hamburg, 1. Febr. Die Angelegenheiten der deutschen Marine werden nicht vernachlässigt. Im Auftrag der Centralgewalt befindet sich der Reichstags-Abgeordnete Brons aus Emden hier, um mit unserer Marinekommission zu liquidiren und Anordnungen wegen Verproviantirung der im hiesigen Hafen liegenden Kriegsschiffe zu treffen. Gleichzeitig ist, ebenfalls im Auftrage der Centralgewalt, Kapitän Haberich aus Bremen eingetroffen, um Verträge für den Flottenbau abzuschließen.

Eben so thätig ist man in Schleswig-Holstein. In unserer Nachbarstadt Altona findet am 8. d. M. eine starke Aushebung für die Marine statt, und die Regierung hat einen öffentlichen Aufruf an Schiffsführer und Steuerleute erlassen, sich als interimistische Marineoffiziere für den Schleswig-holsteinischen Flottendienst zu melden.

Die Thätigkeit ist allerdings gerechtfertigt, denn am 26. März ist der Waffenstillstand zu Ende.

Schleswig, 31. Jan. Die schleswig-holsteinische Landesversammlung hat gestern und heute zwei sehr belebte Sitzungen gehalten, deren Ergebnis sich in zwei Schreiben zusammenfaßt, welche sie an den Reichsverweser und an die gemeinsame Regierung zu richten beschlossen.

Das erste Schreiben enthält die Erklärung, daß ein Friede mit Dänemark auf der vorgeschlagenen Grundlage der Trennung der Herzogthümer von einander unausführbar sein werde, es sey denn, daß Deutschland selbst seine Waffen gegen sie lehre, denn in den Herzogthümern würde kein ehrenhafter Mann zur Ausführung eines solchen Friedens die Hand bieten; sodann die Ausführung, daß, nachdem die Verletzung der rechtlich bestehenden Verbindung der Herzogthümer der Grund des Krieges gewesen, das nicht besiegte Deutschland unmöglich ihre Trennung zur Grundlage des Friedens machen könne. Jene Erklärung erhält übrigens erst durch den Verlauf der Debatte ihren eigentlichen Sinn: aus dieser geht nämlich klar hervor, daß die Herzogthümer gesonnen sind, den Kampf gegen Dänemark nöthigenfalls auf eigene Hand fortzusetzen.

Das zweite Schreiben, an die gemeinsame Regierung gerichtet, erucht dieselbe zu veranlassen, einen Bevollmächtigten nach London zu senden, der, wenn er auch an den Friedensunterhandlungen sich direkt nicht betheilige, doch auf dieselben einwirke, stellt weiter den Antrag, daß mit aller Anstrengung die ausgedehntesten Rüstungen vorgenommen werden möchten, und spricht im voraus ihre Bereitwilligkeit aus, jede zu diesem Behuf erforderliche Summe zu bewilligen. Ein Schlußantrag, dem Reichsverweser jene Erklärung durch eine eigene Deputation überbringen zu lassen, erhielt nicht die Mehrheit; es wurde nur beschlossen, die in Frankfurt befindlichen schleswig-holsteinischen Mitglieder der Nationalversammlung zu ersuchen, ihm dieselbe in Gemeinschaft zu überreichen.

Berlin, 2. Febr. Das Tagesgespräch unserer Politiker bildet die zweite Ausweisung des ehemaligen Abgeordneten Robertus am frühen Morgen des Tages, an welchem er vor einem der hiesigen Wahlbezirke als Kandidat aufzutreten wollte. Die Maßregel soll übrigens ohne die Zustimmung des Ministers Manteuffel erfolgt sein.

Berlin, 3. Febr. In der gestrigen Versammlung der konservativen Wahlmänner des ersten hiesigen größten Wahlbezirks wurde zur Abstimmung über die aufzustellenden Kandidaten geschritten. Die meisten Stimmen erhielten Grabow, Drechslermeister Selenka, und der Kriegsminister v. Strotha. Daß bei einer so großen Anzahl geistig bedeutender Kandidaten die Wahl auf den Drechslermeister Selenka fiel, liefert den Beweis, daß gerade die konservative Partei die Lösung der sozialen Frage in Wahrheit wünscht, und die Handwerker nicht bloß mit schönen Redensarten abspießt.

Breslau, 26. Jan. Ueber die Ergebnisse der jüngst stattgefundenen Wahlmännerwahlen zum Landtage sind die konstitutionellen wie die Demokraten zufrieden, d. h. jede Partei rühmt sich des Sieges. Die Zukunft wird lehren, welche Partei dazu berechtigt war.

Hier geht es in allen Kreisen nicht gut. Der Handwerkerstand hat keinen Verdienst, die Proletarierklasse ist

bliesen bilden. verzo- e für- Sachsen taaten- nentlich leitung gewalt wird ng bei- die den ngische zu er- un- torial- sief in er be- ungen wenig besorgt s eben ättern, nähme des mmen, festen e deut- ag der rdnete nission strung reffell, erwalt, rträge unferer Ausbe- nen öf- lassen, Schwig- m 26. inische belebte reiben an die , daß Grund- aus- seine würde Fried- dem s nicht brand- erhält eigent- daß die nemarf tag ge- ebens- dieseler An- mmen Uigkeit unwilli- rung erhielt frank- r Na- schaft Poli- geord- welchem usire- ushim- ag der ößeren ellen- zielten inister bedeute- rative inisch, en ab-

geistig und leiblich in solches Elend verfallen, daß sie durch die angestrengtesten Opfer der Mithätigkeit nicht daraus gehoben werden kann.

Täglich hört man von frechem Betrüge, Diebstählen, Raubmorden etc.; dazu oft 40 bis 50 Begräbnisse von Choleraerstorbenen an einem Tage, wozu kaum die Todtengräber aufzutreiben sind.

Ein Glück, daß die Angelegenheiten des Gesamtwaterlandes gegenwärtig die Gemüther so sehr beschäftigen; es gewährt das ein Ableitmittel des Blickes gegen das Elend, das in der Nähe um uns gelagert ist.

**Wien, 31. Jan.** (Neunzehnter Armebericht.) Feldzeugmeister Graf Nugent, welcher sich zur Vertreibung der bei Fünfkirchen zusammengeworrenen Rebellen am 26. von Kanischa aus dahin in Marsch setzte, hat am 29. sein Hauptquartier nach Fünfkirchen verlegt, welche Stadt die Rebellen, 4000 Mann und 10 Geschütze stark, am 26. d. M. verließen und die Richtung gegen Esseg eingeschlagen haben dürften, um sich unter dem Schutze der von den Rebellen besetzten Festung zu sammeln, was ihnen aber nicht gelingen wird, da diese Festung durch die Brigade des Obersten van der Null des Grabischaner Grenzregiments zerstört ist, und auch Feldzeugmeister Graf Nugent ihnen in dieser Richtung folgen wird.

Das Erscheinen der k. k. Armee im Baranyer und Tolnaer Komitate hat die der Regierung feindlichen Elemente vollkommen vernichtet. Wie bereits im 18. Berichte mitgeteilt worden, hatte die Kavalleriebrigade Dtinger, durch 3 Bataillone Infanterie und 2 Fußbatterien verstärkt, bei Szeged Position gefaßt. Auf die Kunde, daß die Rebellen beabsichtigten, diese anzugreifen, fand sich Sr. Durchl. der Feldmarschall Fürst zu Windisch-Grätz bewogen, denselben mit allen entbehrlichen Truppen entgegen zu gehen, hoffend, die Rebellen würden eine Schlacht annehmen. Allein auch diesmal wagten sie nicht, es auf ein entscheidendes Zusammentreffen ankommen zu lassen, und nachdem sie diese Verstärkung anrücken sahen, zogen sie sich in Eile, verfolgt von der Brigade Grammont, über die Theiß zurück.

Feldmarschall-Leutnant Graf Schlick hat nach der bereits bewirkten Reinigung der Theiß nunmehr auch jene des Zempliner Komitats von den Rebellen erzieht, und ist hierauf gegen Tokay gerückt, wosin sich die Anhänger Kossuth's von allen Seiten zogen. Die Vorhut des Feldmarschall-Leutnants Schlick, unter Major Piattoli, stieß am 19. bei Szanto auf den Feind und warf selben nach Tokay zurück. Am 21. zeigte eine vorgenommene Rekognoskierung, daß der Gegner sich zurückgezogen und eine ziemlich vortheilhafte Stellung bei Tokay, Tarczal, und Kereftur genommen habe.

Am 22. unternahm Feldmarschall-Leutnant Graf Schlick den allgemeinen Angriff auf diese Position. Der Major Herzmanovsky führte sein braves Bataillon Stephan nebst einer Eskadron Kaiser-Chevaulegers und 4 Geschützen gegen Kereftur, während Feldmarschall-Leutnant Graf Schlick mit der Hauptkolonne über Kallya und Mad gegen Tarczal vordrang. Die Brigade Fiedler bildete das erste, die Brigade Pergen das zweite Treffen.

Ein dichter Nebel lag auf der Gegend. Der Feind unterhielt ein überaus kräftiges Feuer; da ließ der Korpskommandant durch das dritte Bataillon Erzherzog Wilhelm eine links an der Straße liegende Anhöhe erklimmen, während die Chevaulegers die in der Ebene zurückweichende feindliche Infanterie verfolgten. Unsere Raketen thaten die vortrefflichste Wirkung. Beim zweiten Sturm nahm das dritte Bataillon Erzherzog Wilhelm die Höhe, als der Feind, sich der schimpflichsten List bedienend und Unterwerfung versprechend, nach mittlerweile erhaltener Verstärkung wieder zum Angriffe überging.

Zum dritten Male mußte die Höhe, und zwar durch die Kürassiere unter dem Major Gorizutti genommen werden. Mit bewundernswürdigem Ungeflüm durchbrachen die braven Reiter zwei feindliche Infanteriemassen; damit war das Gefecht für uns entschieden.

Major Herzmanovsky hatte mittlerweile das Dorf Kereftur genommen, wurde durch eine fünf- bis sechsfache Uebermacht angefallen, behauptete sich jedoch trotzdem, daß auch auf dieser Seite vom Feinde die schändlichste List angewendet worden war, um unsere Truppen zur Einstellung des Feuers zu bewegen. Hier war es, wo man dem meinedigen Bataillon Prinz von Preußen, das an der Seite der Polenlegion und Abtheilungen von Don Miguel focht, seine Fahne entriß. Der Gegner bezog die Stellung bei Tokay und Kereftur.

Der Feind erlitt beträchtlichen Verlust, namentlich an Todten von der polnischen Legion, von welcher nach dem begangenen Treubruch durch die erbitterten Truppen Viele niedergemacht wurden. Leider haben auch wir den Verlust eines ausgezeichneten Offiziers zu betrauern.

Als sich in dem Treffen bei Mad eine feindliche Abtheilung unserer Mänkerseite zu sehr näherte, wurde eine halbe Schwadron Kaiser-Chevaulegers beordert, selbe zurückzuwerfen. Rittmeister Baron Böhm, welcher diese Schwadron kommandirte, ließ es sich nicht nehmen, diese halbe Schwadron selbst anzuführen. Mit Ungeflüm warf sich diese Abtheilung, ihren muthvollen Führer an der Spitze, auf den Feind; leider aber traf Rittmeister Böhm eine tödtende Kugel und unterbrach die Helden-Laufbahn des hoffnungsvollen Kriegers.

Wien, am 30. Januar 1849.  
Der Zivil- und Militär-gouverneur:  
Welden, Feldmarschall-Leutnant.

**Wien, 1. Febr.** Eine gestern erschienene Kundmachung des Gouverneurs Welden verbreitet sich über die Unvollständigkeit, womit der angeordneten Entwaffnung bisher nachgekommen ward, und über die daraus entstandenen Attentate. Hierbei wird bemerkt, daß, wenn der Gemeinderath und die Grundgerichte in den ihrer Bewachung zugewiesenen Bezirken thätiger gewesen wären, und wenn die Hauseigentümer sich um Das, was in ihren Häusern vorgeht, mehr befummerten, die verbor-

genen Waffen und Munition längst schon an das Tageslicht hätten kommen müssen. Es wird nun noch eine 48-stündige Frist zur freiwilligen Ablieferung verborgener Waffen und Munition gewährt; vom 6. Februar an werden jene Gemeinden, in deren Bezirke sich derlei vorfinden, mit Gelbbußen von 1000 bis 20,000 fl. R.-M. belegt, welche jedoch ebenfalls ihnen selbst zugute kommen sollen; für die Schuldigen aber tritt das standrechtliche Verfahren ein.

Die Gemeinde der Vorstadt Leopoldstadt hat dem Gouverneur Welden in einer Adresse ihren Dank für die thätige und umsichtige Hilfe bezeugt, welche ihr derselbe durch Verwendung von Sappeurs- und Pionnierskompagnien in der Wassernoth angedeihen ließ.

Die Fabrikortschaft Sechshaus soll auf Ansuchen der dortigen Bewohner eine ständige Einquartierung von einer Kompagnie erhalten.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wesß, 28. Jan.** (Nürnberg. Kor.) Heute hat sich das Blatt gewendet. Diejenigen, welche sich gestern kleinlaut und zaghaft zeigten, tragen heute fröhliche Gesichter zur Schau, während jene, die gestern triumphirend ihr Haupt emporgehoben und von der Wiederkehr alter magyarischer Herrschaft träumten, sich niedergeschlagen und verdußt ansehen. Der große magyarische Held, „das Kind des Sieges“, wie ihn die ungarischen Zeitungen nannten, blieb sich auch diesmal konsequent: er hat beim Anrücken der österreichischen Armee das Hasenpanier ergriffen; seine Waffen, die man hier ins Unendliche vergrößerte, flohen ohne Schwertschreich, als ihnen kund wurde, daß von Wesß aus eine bedeutende Macht gegen sie ziehe.

Schon gestern, gleich nach Abgang der Post, kehrte ein Theil der von hier ausgezogenen Truppen und Kanonen zurück, welche die magyarische Partei sogleich als eine „Retirade“ ausposaunte, und man sah bereits mehrere der Kühnern sich vergnügt die Hände reiben, Nichts weniger als den sofortigen Einzug der nachrückenden ungarischen Armee erwartend. Allein bald darauf verbreitete sich die Kunde, daß die Insurgenten, wie immer, Neißaus gemacht hatten und daß die Truppen nur deshalb zurückkehrten, weil die andern mehr als hinreichend zur Verfolgung des Feindes seyen.

Heute dürfte Szolnok von den Kaiserlichen wieder besetzt worden seyn. Da sich die Einwohner dieses Ortes, welcher einige Tage vorher eine demüthsvolle Unterwerfung an Fürst Windisch-Grätz ein sandte, beim Abzug der Kaiserlichen treulos benahmen, so dürfte sie Dies theuer zu stehen kommen.

### Frankreich.

Von dem groß. Post- und Eisenbahn-Amt Karlsruhe kommt uns eine Verichtigung gegen die Angaben zu, daß am 2. die Pariser Post „bis 8 Uhr Abends noch nicht ange- langt“, und am 3. gar „heute Abend nicht in Karlsruhe eingetroffen“ war; vielmehr sey dieselbe an beiden Abenden (statt, wie gewöhnlich, mit dem vorletzten Zug) mit dem letzten Zug um 8 Uhr 19 Minuten in Karlsruhe angelangt. Was die erste Angabe betrifft, so ist Dies in so fern keine Verichtigung, als sie mit derselben gar nicht in Widerspruch steht; bei der zweiten Angabe aber hätte es allerdings zum bessern Verständnis für Unbewanderte heißen sollen: „bis zum Schluß unserer Platte nicht eingetroffen.“ Da nämlich die erste Abfindung von Exemplaren der Karlsruh. 3. schon bis 9 Uhr Abends zur Post gegeben seyn muß, wenn sie noch abgehen soll, so liegt Das, was erst mit dem letzten Zuge in Karlsruhe eintrifft, natürlich außer der Möglichkeit des Abdrucks für die betreffende Nummer. Dem Karlsruher Postamt sollte damit, wie sich übrigens von selbst ergibt, kein Vorwurf gemacht werden; die Pariser Post trifft während des Winters zum Stiern verspätet hier ein, was von späterer Ankunft der Mailpost in Straßburg herrührt, und wir pflegen dieses Umstands nicht zu erwähnen, als in Zeitpunkten, wo man auf Nachrichten gespannt ist, und unsere Leser eine Rechtfertigung dafür erwarten, wenn wir keine neueren zu geben haben. Nur in zwei oder drei Fällen, die wir ebenfalls unerwähnt ließen, blieben uns im Laufe dieses Winters Pariser Briefe aus, weil sie falsch instradirt waren, und in dessen Folge einen Umweg (einmal über Frankfurt, ein anderes Mal über Hamburg) eingeschlagen hatten. Die badische Post erschien bei diesen Fällen unbedeutend.

**Paris, 3. Febr.** Dank den energischen Vorkehrungen der Regierung, hat unsere Hauptstadt ihre ruhige Haltung bewahrt, obwohl heute in der Nationalversammlung die Proposition des Hrn. Rateau, welche am verflossenen Montag den Bummelern eine erwünschte Putschgelegenheit schien, wieder an die Tagesordnung kommt. Außerlich lassen sich heute wenig oder keine militärischen Vorsichtsmaßregeln bemerken. Doch ist Vorsorge getroffen, daß auf das erste Zeichen die Truppen ausrücken und die nämlichen Stellungen besetzen, welche sie am letzten Sonntag inne hatten. In der vorletzten Nacht sind 18 Transportwagen mit Haubizen und Raketen im hiesigen Militärdepot auf dem Marsfeld angelangt, in welchem Lokal bereits so viel Kriegsmunition angehäuft ist, als man für einen ordentlichen Feldzug brauchen würde.

Die Truppenmacht von Paris war durch ein Votum der Nationalversammlung in Folge des Juniaufstandes auf 60,000 Mann erhöht worden. Die Regierung, fest entschlossen, den Untrieben der Rothen und der Ultr. Republikaner mit unerbittlicher Strenge entgegen zu treten, gedenkt in den Umgebungen von Paris eine Circularkraft von wenigstens 100,000 Bajonetten zu vereinigen und nöthigenfalls einen Theil der Alpenarmee an sich zu ziehen. Zu diesem Ende wird das Hauptquartier der Alpenarmee von Lyon nach Bourges verlegt werden, weil von letzterem Punkte aus mit der Eisenbahn die Truppen, deren man bedürfen könnte, in 6-7 Stunden in Paris eintreffen können.

Die plötzliche Abreise des Marschalls Bugeaud nach Lyon steht mit diesem Projekt der Regierung in Verbindung. Es bestätigt sich somit, was ich vor etwa sechs Wochen schrieb,

als Marschall Bugeaud zum Oberbefehlshaber der Alpenarmee ernannt wurde, daß dieser Wahl mehr die Tendenz der Aufrechterhaltung der innern Ruhe, als eine Sympathie Ludwig-Napoleon's für die italienische Kriegspartei zu Grund liege.

Um auf den Rateau'schen Antrag zurück zu kommen, der heute in der Nationalversammlung eine lebhafteste Diskussion in Aussicht stellt, so glaubt man, der Streit zwischen dem Kabinett und den Ultr. Republikanern werde zu Gunsten des Erstern durch die Annahme eines von den H. Lamartine und Dufaure vorgelegten Amendements entschieden werden, welches zum Zwecke hat, die Auflösung der konstituierenden Versammlung gleich nach der Erledigung noch zweier organischer Gesetze (Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik und seiner Minister, und Wahlgesetz) eintreten zu lassen. Die Nationalversammlung würde dann spätestens im Laufe des Monats April zu Ende gehn.

**Paris, 3. Febr.** Die auf heute angelegte zweite Berathung über den Rateau'schen Vorschlag ist auf Montag verschoben worden. Unterdessen bereiten sich die Volksvertreter in ihren verschiedenen Klubs auf den dabei zu erwartenden Kampf vor. Die vorherrschende Meinung über den Ausgang desselben ist, daß Dufaure, dessen logischer und klarer Vortrag stets den größten Einfluß auf die Versammlung ausübt, mit seinem Vermittlungsvorschlage durchdringen wird, wonach die Versammlung zwar den Rateau'schen Vorschlag selbst verwerfen, dagegen durch Beschränkung der von ihr noch zu votirenden organischer Gesetze auf drei (statt zehn) ihrer Fortdauer ein Ziel setzen würde.

Der Moniteur veröffentlicht den Entwurf des Wahlgesetzes, welcher demnächst in der Nationalversammlung zur Berathung kommen wird. Nach demselben kann kein Beamter Volksvertreter werden, wenn er nicht schon vor der Entscheidung über die Gültigkeit seiner Wahl seine Entlassung genommen hat. Ausgenommen sind: die Minister, die Unterstaatssekretäre, der Oberbefehlshaber der Nationalgarde des Seine-Departements, die Generalprokuratoren am Kassations- und Appellationshofe, der Seinepräfekt, und diejenigen Professoren, deren Lehrkühle durch öffentliche Bewerbung vergeben werden.

### Vermischte Nachrichten.

— Beinahe von Tage zu Tage mehren sich die Beispiele, daß die neueste Zeit Angaben, welche Reisende aus frühern Zeitaltern über die von ihnen durchwanderten und erforschten fremden Länder hinterlassen haben, welche aber von ihren Zeitgenossen als Märchen verachtet und dann im Laufe der kommenden Jahrhunderte vergessen wurden, die vollste Bestätigung ertheilt. Das glänzendste Zeugniß hierfür liefert wohl unstrittig Marco Polo, bei dem es sich nicht bloß um die Richtigkeit einzelner Angaben, sondern um eine durch sein ganzes Reiseverfönd hindurch gehende, beinahe unumstößliche und unübertriffene Wahrheit der Anschauung handelt. Allein auch der folgenden Notiz wird man um so weniger sein Interesse verlagern, als sie sich auf einen Gegenstand von ungleich praktischer Wichtigkeit bezieht, wie nichts Entsprechendes in den Schilderungen des großen Venetianers. Bei Pinterion, dem bekannten Polyhistor, lesen wir, daß der Goldreichthum Kaliforniens bereits dessen Entdecker, Sir Francis Drake (eigentlicher Entdecker ist zwar der berühmte Eroberer Mexiko's, Cortes, allein Drake erforschte das Land zuerst etwas genauer), also schon vor ungefähr 250 Jahren, bekannt gewesen sey. Die wörtliche Angabe Drake's, welche wir in dem der Königin Elisabeth eingereichten Berichte über seine Unternehmungen finden, ist folgende: „Das Land ist so reich an Silber und Gold, daß, wenn man die Erde nur leichtin mit einem Spaten oder einer Hacke aufscharrt, diese reichen Metalle sogleich mit der aufgeworfenen Erde zum Vorschein kommen.“ (Kalifornien selbst nannte Drake, sich als dessen Entdecker ansehend, Neu-Albion.) Warum Drake seine große Entdeckung nicht weiter ausbeutete, ist vielleicht aus seinem ritterlichen und abenteuerlichen Sinne zu erklären, vermöge dessen er sich lieber sein Gold mit Schwert und Musketen von den spanischen Fregatten, als mit Spaten und Hacke aus der Erde holte. Nachher verscholl jene Angabe, welche, von Pinkerton wieder erwähnt, in seinem Kommentar auf die reichen Silberminen Neu-Mexiko's, namentlich auf diejenigen bei Santa Fe bezogen, und durch die Nähe beider Länder erklärt wurde.

— Der „Courtier du Palais“ widerspricht der Nachricht von der völligen Unterdrückung des Klosters auf dem St. Bernhard. „Im Interesse der Gastfreundschaft“, welche dort auch ferner geübt werden soll, will die Regierung einen Theil des Gutes, das sie sich auf dem Wege der Zigeunererbbschaften angeeignet hat, noch dem Kloster belassen.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Am 19., 20. Januar.	Abends 9 U.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Luftdruck red. auf 10° R. . .	28°1.0	28°1.5	28°1.8
Temperatur nach Reaumur . .	5.8	4.6	7.0
Feuchtigkeit nach Prozenten . .	0.87	0.90	0.78
Wind und Stärke (4=Sturm) . .	SW <sup>9</sup>	SW <sup>3</sup>	SW <sup>3</sup>
Bewölkung nach Zehnteln . . .	1.0	0.9	0.0
Niederschlag Par. Kub. Zoll . .	—	—	—
Berdunstung Par. Zoll Höhe . . .	—	—	—
Dunstdruck Par. Lin. . . . .	2.9	2.7	2.9
19. Januar.	trüb.	trüb.	heiter.
Therm. min. 5.6	vorher	Duft.	
„ max. 8.8	durchb. trüb.		
„ med. 7.0			
Am 20., 21. Januar.			
Luftdruck red. auf 10° R. . .	28°3.1	28°3.9	28°3.8
Temperatur nach Reaumur . .	5.0	3.6	4.3
Feuchtigkeit nach Prozenten . .	0.92	0.93	0.94
Wind und Stärke (4=Sturm) . .	SW <sup>9</sup>	SW <sup>9</sup>	SW <sup>3</sup>
Bewölkung nach Zehnteln . . .	1.0	0.4	1.0
Niederschlag Par. Kub. Zoll . .	—	—	—
Berdunstung Par. Zoll Höhe . . .	—	—	—
Dunstdruck Par. Lin. . . . .	2.9	2.6	2.6
20. Januar.	trüb.	unterbrochen	trüb.
Therm. min. 4.6		heiter, Duft,	Rebel.
„ max. 7.0			
„ med. 5.5			

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Gieße,

800. Karlsruhe. Am 30. v. M. ist mein geliebter Gatte, Handelsmann Friedrich Bernigau, unerwartet in Folge eines Nervenschlages gestorben, wovon ich allen seinen auswärtigen Freunden und Bekannten, welche etwa noch keine Kenntniss davon erhalten haben, mit tiefbetäubtem Herzen hiermit die Anzeige erstatte.

Karlsruhe, den 5. Februar 1849. Friederike Bernigau, Wittwe, geborne Maret.

Literarische Anzeigen.

791. In unserm Verlage erscheint vom Januar 1849 ab regelmäßig und wird in Karlsruhe Subscription angenommen bei M. Dielefeld auf:

Die „Politische soziale Monatschrift.“

unter Mitwirkung mehrerer Abgeordneten und Staatsmänner redigirt von Dr. Ludw. Philippson in Magdeburg. Monatlich ein Heft zu 4 Bogen. gr. 8. brosch. Preis circa 10 Ngr. = 36 fr. für jedes Heft.

Wir bitten, auf diese in halt reiche Zeitschrift geneigte Aufmerksamkeit zu wenden.

Wanngärtner's Buchhandlung zu Leipzig. 731. [312. Im Verlage von Ch. Th. Cross in Karlsruhe ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Das Gantverfahren und Gantrecht

nach badischen Gesezen und Verordnungen, unter steter Hinweisung auf die Quellen und neueste Literatur und mit Angabe der Vorstellen — nach der Reihenfolge der Abschnitte des Gantverfahrens zusammengestellt von

L. Stempf, Hofgerichtsrath. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. gr. 8. geb. Preis 2 fl. 48 fr.

Ferner erschienen daselbst kürzlich: Frey, Ludwig, Lehrbuch des badischen Landrechts. gr. 8. gebunden. Preis 3 fl.

Reichlin von Meldegg, Joseph Frhr., Anleitung zur Führung der Unterpfaundersbücher im Großherzogthum Baden. Zweite Auflage. gr. 8. geb. Preis 34 fr.

615. Für Katholiken ist auf weißem Kupferdruck-Beinpapier, mit Linienfassungen, in groß Quartformat sorgfältig gedruckt, bei Metzler in Stuttgart erschienen: Denkschrift

in Würzburg versammelten Erzbischöffe und Bischöffe Deutschlands, vom 14. Nov. 1848, 6 fr., und auf Parthien von 10 ein 118 als Frei-Exemplar.

Vorräthig in allen Buchhandlungen Badens, in Karlsruhe in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung, bei Dielefeld, Herder, und bei allen Buchhändlern in Mannheim, Heidelberg, Rastatt, Baden, Offenburg, Freiburg, Lahr, Konstanz, Donaueschingen.

815. Weinheim. Erklärung.

In Nr. 21 der Mannheimer Abendzeitung befindet sich ein Inserat, angeblich von Soldaten der 9. Kompagnie des 4. Infanterieregiments in Weinheim verfaßt, inhaltlich dessen unser Kompanie-Kommandant, Herr Hauptmann Scherzberger, uns am 8. d. M. beim Verlesen, weil wir Tags vorher Pöbellieder gesungen und Pöbel hätten hoch leben lassen, Pöbelsüßer und Suben geheißen habe u. a. m. Am Schlusse des Artikels aber wird uns die Drohung in den Mund gelegt, wir würden bei ähnlichen Vorfällen, wie im letzten Frühjahr, diese Beschimpfung nicht verzeihen, und es werde seine Folgen haben. (Das doch der Fuchs den Schweif, und der Esel die Ohren nie ganz verbergen kann.)

Herr Hauptmann Scherzberger hat uns noch nie auf solche Art behandelt; wohl aber stimmen wir darin überein, daß diejenigen Soldaten, welche mit Pöberräthern Gemeinschaft machen oder Die leben lassen, welche unserm Vaterlande den Untergang bereiten wollten und an dem großen Glücke so mancher Familie die Schuld tragen, obige Bemerkungen verdienen.

Wir erklären den ganzen Inhalt des Artikels als Verleumdung und Lüge, und keiner von uns hat denselben verfaßt oder eingelesen; wir sigen keine Pöbellieder; wenn es jedoch seyn muß, so werden wir mit unsern Kameraden auch das dritte Mal den Laß dazu schlagen.

Weinheim, den 31. Januar 1849. Sämmtliche Unteroffiziere und Soldaten der 9. Kompagnie des 4. bad. Infanterieregiments.

830. Eschelbach. Erklärung.

In der Karlsruher Zeitung Nr. 22 vom 26. Januar sind unter andern als vorgelegte Petitionen angezeigt, und es heißt: mehrere Bitten um Kammerauflösung aus dem Drien Eschelbach etc. Es erklärt der Unterzeichnete, daß der hiesige Gemeinderath von keiner Petition etwas weiß, die weder dafür noch dagegen in dem genannten Betreff der hohen zweiten Kammer der badischen Ständeversammlung eingebracht wurde.

Eschelbach, den 3. Februar 1849. Der Bürgermeister. Rößler.

798. [21. Karlsruhe. Stellegesuch.

Ein gewandter und mit guten Zeugnissen versehener Kellner, der französischen Sprache mächtig, wünscht eine Stelle. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.



Goldberger's k. k. patentirte Galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten

können ihrer ganz besonderen Kraft und Wirksamkeit wegen als das schnellste und sicherste Heilmittel gegen gichtische, rheumatische und nervöse Uebel empfohlen werden, da diese so wohlthätigen und leicht anwendbaren Apparate schon Tausenden von Leidenden bei ihrer großen Verbreitung in Deutschland, Dänemark, Norwegen und Schweden, Rußland, Holland, Belgien, Frankreich, England, Schweiz, und den vereinigten nordamerikanischen Staaten, Hilfe und vollständige Genesung gebracht haben.

Die beste Bürgschaft für die heilkräftige Wirksamkeit der Goldberger'schen Rheumatismus-Ketten sind wohl auch die attestirten Erfahrungen und äußerst günstigen Zeugnisse von mehr denn zweihundert geachteten Aerzten und glaubwürdigen Privatpersonen, die in einer gedruckten Brochüre zusammengestellt in meinen sämtlichen Depots (in Karlsruhe bei Adolph Döring, Firma: A. Kreiter Wittve) gratis ausgegeben, und welche mehr als alle Praxereien, die von den vielen Nachbildnern meiner Ketten ausgehen, darthun werden, mit welchem günstigen Erfolge meine Ketten angewendet, und welche überraschende Heilungen schon durch sie ausgeführt worden sind.

Der Ruf und Absatz, den meine galvano-elektrischen Ketten allerwärts finden, hat nämlich viele Speculanten veranlaßt, dieselben nachmachen zu lassen und sie sogar unter angenommenen falschen Firmennamen und mit allerhand albernen Praxereien anzubieten. — Diese Leute scheinen nicht zu wissen, oder wollen es nicht wissen, daß der Werth eines Heilmittels nicht von einer neuen praxerischen Zeichnung, sondern davon abhängt, ob sich dieses Mittel auch wirklich schon häufig heil- und wirksam erwiesen hat.

Ich bitte daher diejenigen, welche sich zum Kaufe der Goldberger'schen Rheumatismus-Ketten entschlossen haben, oder einen solchen Ankauf beabsichtigen, recht höflichst, sich zuvor noch durch die oben beregte Attestsammlung von dem wahren Nutzen und der hundertfach bewährten heilsamen Wirksamkeit meines Fabrikats zu überzeugen und gefälligst darauf achten zu wollen, daß die Cuius meiner Rheumatismus-Ketten auf der Vorderseite meinen Namen, „J. E. Goldberger“, und auf der Rückseite den k. k. österreichischen Adler und das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz tragen.

In Karlsruhe hält Adolph Döring, Firma: A. Kreiter Wittve, Zigarren- und Tabakhandlung, Karl-Friedrichs-Straße Nr. 6, ausschließlich stets meine Rheumatismus-Ketten zu den Fabrikpreisen vorräthig, als das Stück zu 1 fl. 45 fr., stärkere zu 2 fl. 38 fr.

J. E. Goldberger in Tarnowitz, im oberöschl. Bergbezirk, k. k. privat. Fabrik von elektro-magnetischen Apparaten.

Die Goldberger'schen galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten betreffend.

Vielsache Verwechslungen veranlassen mich zu der Erklärung, daß meine eigenthümlich konstruirten galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten weder ihrer Form noch ihrem Wesen nach irgendwie eine Aehnlichkeit mit den sogenannten „Rheumatismus-Amuletten“ oder „Ableitern“ haben, und daß dieselben in Karlsruhe nur bei Herrn Adolph Döring, Firma: A. Kreiter Wittve, Zigarren- und Tabakhandlung, Karl-Friedrichs-Straße Nr. 6, vorräthig sind.

J. E. Goldberger, in der freien Bergstadt Tarnowitz, Fabrik von galvano-elektrischen Apparaten.

Attest:

Seit vielen Jahren litt ich an heftigen Altersschmerzen, nämlich am Gesichtschmerz. Weder innerliche noch äußerliche Mittel vermochten denselben zu besiegen. Jede Bewegung im Gesichte durch Sprechen und Essen, jede Veränderung des Wetters, besonders vor und während eines Gewitters, jedes Lüftchen im Freien verursachte denselben mehr oder weniger aufs neue. Auf die Bekannmachung der Goldberger'schen galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten durch Herrn A. J. Stiebel in Frankfurt a. M. ließ ich mir von demselben eine solche kommen, legte sie nach Vorschrift an, und, Gott sey Dank! schon nach 14 Tagen fühlte ich Erleichterung, und jetzt, nach 3 Monaten, bin ich beinahe ganz von diesem Uebel befreit; nur noch eine kleine Stelle unter dem linken Auge zeigt mir beim Waschen des Gesichts noch an, daß hier der Schmerz hauste, was aber von gar keiner Bedeutung ist.

Friedberg, im Großherzogthum Hessen, den 11. Oktober 1848. Woller, Direktor der Taubstummen-Anstalt dahier.

833. Karlsruhe. Dienstag, den 6. Februar. Fünftes Abonnementskonzert im Cäcilien-Verein.

Anfang 6 Uhr, Ende nach 8 Uhr. Subscriptionsbedingungen.

Der Abonnementpreis für je acht Billette beträgt 3 fl., für je vier Billette (halbes Abonnement) 1 fl. 45 fr.; Mitglieder des Cäcilienvereins oder der Eintracht zahlen einen ermäßigten Betrag von 2 fl. für erlere, und von 1 fl. 12 fr. für letztere.

Abonnementsarten, ganze (zu 8 Billetten) und halbe (zu 4 Billetten), sind zu haben in der Musikhandlung von C. Giebbe; auch kann man Abends an der Kasse noch sich abonniren.

Eintrittskarten zu einem einzelnen Konzert kosten 48 fr., und sind an der Kasse zu erhalten. Die Billette sind überhaupt für jede Aufführung gültig.

832. Karlsruhe. Sechste, über alle Kritik erhabene, große und all-gemeine Narrenversammlung zu Pfaffenstühlfen, Freitag, den 9. Februar 1849, Abends 8 Uhr.

Die lustige Narrenzeit geht bald zu Grabe, und die nächstern Schulweisheit erhebt den Zepher. Darum: Freu euch der Narrenzeit, Weil noch die Kappe sitzt, Eilet zur Narrenburg, Wo Frohsinn winkt! Herwegh.

Hört!!! Ein närrisches Ministerium der inwendigen Angelegenheiten hat sich gnädigst bewegen gefunden, die Stempelsteuer für die 2 letzten Versammlungen auf 1/3 des ursprünglich äußerst niedrig gestellten Preises herabzusetzen. Nicht etwa, aus ökonomisch-staats-wirtschaftlichen, sondern lediglich aus kosmopolitischen Gründen, denn der Stand Unserer närrischen Reichskasse ist ein befriedigender. Es soll hierdurch die niedergedrückte Menschheit erleichtert, und derselben möglichst gemacht werden, die in Aussicht stehende bewegliche und unbewegliche Einkommenssteuer pünktlich entrichten zu können.

Es lebe das närrische Ministerium! Vivat hoch! Wir haben in Erfahrung gebracht, daß sich neulich ein Volksverweher Unseres närrischen Parlaments ohne Urlaub auf einer wüßlerischen Rundreise befindet; derselbe wird aufgefordert, seinen Eklat unverweilt wieder einzunehmen, ansonsten er — (der Eklat nämlich) an den Wenigstnehmenden verweigert wird.

Der sich Sonntag Abend von einem Konstabler auf dem Straßenpflaster des Marktplazes herumschleifen und jämmerlich maltrairten haben lassende Trofschen.

833. [21. Karlsruhe. Logis zu vermieten.

Im Etschpauze der Amalien- und Karlsstraße Nr. 19 ist der zweite Stock zu vermieten, bestehend in einem Salon nebst noch 5 ineinander gehenden tapetirten beizbaren Zimmern nebst Küche, 2 Speicherkammern, Trockenstube, Keller, Polzplatz und sonstigen Bequemlichkeiten, auf den 23. April zu beziehen. Aus-lunft ertheilt Karl Hauser, Materialist.

834. [21. Karlsruhe. Zu verkaufen.

Wegen Geschäftsveränderung ist eine Parthie schöner tannener Dielen, 15 bis 16 lang, und stark 8 bis 10 dick, die meisten von 12 bis 16 breit, per Stück zu 30 fr., zu verkaufen. Bei wem? erfährt man auf frankirte Anfragen bei der Expedition dieses Blattes.

814. [21. Gochsheim, Amts Breiten. Versteigerung.

Montag, den 15. Februar d. J., Nachmittags 1 Uhr, wird auf dem Rathhause hier das Pfarrhaus auf den Abbruch versteigert werden. Auswärtige Steigerer haben sich mit Vermögenszeugnissen auszuweisen, und

können die Bedingungen jeden Tag bei unterschriebener Stelle eingesehen werden. Gochsheim, den 3. Februar 1849. Kirchengemeinderath. Bürgermeisteramt. Kilian, Pfarrer. Kilian.

831. Bruchsal. Fruchtersteigerung.

Mittwoch, den 7. Februar, Mittags 1 Uhr, werden in dem Salm-Speicher zu Bruchsal

270 Malter Gerste, 500 „ Spelz, 50 „ Korn, 30 „ Weizen, 100 „ Haber, in Abtheilungen versteigert.

Bruchsal, den 5. Januar 1849. Joseph Mohr. 803. [21. Gellbach bei Stuttgart. Gefährte-Verkauf.

Der Unterzeichnete ist beauftragt, nachbeschriebene, in der längst bekannten hiesigen Wagenfabrik gebaute, Gefährte zu verkaufen; dieselben können täglich besichtigt werden:

1 blaueadmirer Omnibus zu 13 Personen, ohne Sattlerarbeit, neu, mit geschlossenem Coupe. 1 gelblackirter Omnibus, ganz fertig und neu, zu 15 Personen, mit geschlossenem Coupe.

1 Phaeton, ein- und zweispännig, neu, braun lackirt, mit Verdeck zum Abnehmen. 1 Damendroschke, wenig gebraucht, vierfüßig.

1 blaueadmirer, zweispänniger Kaffeeschlitten. 1 einpänniger Glaswagen, gebraucht. 1 alte Chaise, einpännig.

1 neue zweispännige Droschke, von Schmidt und Wagner fertig. 1 neuer einpänniger char-a-banc, vierfüßig, un-ausgearbeitet.

1 neues, leichtes Bernerwägele. Montag, den 12. Februar, Nachmittags 1 Uhr, wird der Verkauf vorgenommen. Den 2. Februar 1849.

S. Friz, Rathschreiber. 796. [21. Waghäusel. Mühleverpachtung.

Die Verwaltung der Zuderfabrik in Waghäusel läßt Donnerstag, den 15. Februar d. J., ihre bei Eschelbach an der Straße nach Sinsheim gelegene Mahlmühle mit sämtlichen Mählgeräthschaften durch eine öffentliche Versteigerung auf 8 Monate an den Meistbietenden in Pacht vergeben, wozu die Liebhaber hiermit eingeladen werden.

Die näheren Bedingungen werden vor der Versteigerung auf dem Rathhause zu Eschelbach, wo die Versteigerung stattfindet, bekannt gemacht.

807. [21. Blankenloch. Holzversteigerung.

Montag, den 12. d. M., werden in dem Gemeinde-wald dahier

20 Stämme Holländerleichen, 15 Hainbudenleiche, 5 Stämme eigenes Bau- und Kuchholz, öffentlich versteigert. Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr bei der Mühle.

Blankenloch, den 2. Februar 1849. Bürgermeisteramt. Pfaltzhauser.

797. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Das badische Anlehen gegen 50 fl. Loose vom Jahre 1840 betr.

Bei der heutigen Serienziehung des Lotterielebens vom 1840 wurden nachstehende Nummern gezogen, welche an der am 1. September 1849 planmäßig stattfindenden 13. Gewinnziehung Theil nehmen.

Serie-Nr. 241, 227, 337, 533, 655, 450, welches hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird. Karlsruhe, den 1. Februar 1849.

Großherzoglich badische Amortisationskassa. 803. [21. Nr. 3659. Pforzheim. (Diebstahl und Fahndung.)

In einem Privatbause dahier wurden schon vor längerer Zeit die folgenden beschriebene Flöte und Tabakspfeife entwendet, auf welche, so wie auf den unbekanntem Thäter, gefahndet werden sollte.

Die Flöte ist von schwarzlich-braunem Holz (vielleicht sogenanntes Rosenholz), hatte 7 maiförmige Klappen; ferner am obern und untern Ende einen silbernen Ring und auf dem Pforzheim, den 31. Januar 1849. Pforzheim, den 31. Januar 1849. Großp. bad. Oberamt. Dieß.

809. Nr. 4363. Bruchsal. (Fahndung.)

Mehrere dahier wegen Diebstahls verhafteten Personen wurden nachbenannte Gegenstände abgenommen:

1 ein braunes Foulard mit blauem Rande, auf welchem sich vielfarbige Blumen befinden; 2 eine braunseidene Herrenbinde;

3 4 Ellen schwarzes Taffet; 4 ein Stück Seidenzeug von schwarz-, roth- und goldener Farbe;

5 zwei kleine seidene, vielfarbige Halstücher; 6 ein Foulard mit rothem Grund und schwarz und weißen Streifen;

7 zwei seidene Schürzen, die eine mit aschgrauem Grund und violetten Streifen, die andere mit aschgrauem Grund und Lilastreifen;

8 1 1/2 Ellen blauer Merino; 9 ein Regenschirm von schwarzem Perkal und mit schwarzem eisernen Gefelle;

10 eine vielfarbige Reisetasche, oben mit gelber Lederzinnung. Die Eigenthümer dieser Gegenstände werden aufgefordert, sich in Balde bei der unterfertigten Stelle zu melden.

Bruchsal, den 31. Januar 1849. Großp. bad. Oberamt. Dieß.